LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/2960**

08.02.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

Berichterstatter Abgeordneter Florian Braun

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/60 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 08.02.2023/Ausgegeben: 10.02.2023

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Aus der Pandemie lernen: Kindertages-stätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!“ (Drucksache 18/60) wurde am 31. August 2022 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass die Schließungen von Schulen sowie das Betretungsverbot und später der eingeschränkte Betrieb von Kindertageseinrichtungen in den Hochphasen der Corona-Pandemie dazu geführt haben, dass – neben ihrer völlig unbestrittenen Bedeutung für das Kindeswohl – auch ihre systemische Relevanz für das staatliche Gemeinwesen stärker ins Bewusstsein von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gerückt sei. Vor diesem Hintergrund führen die Antragsteller aus, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung jetzt alle notwendigen Vorkehrungen treffen solle, um einen geregelten und sicheren Schul- und Kitabetrieb im kommenden Herbst und Winter zu gewährleisten.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Kindertagesstätten, die allgemeinbildenden Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie die Förderschulen zu einer sogenannten „kritischen Infrastruktur“ erklärt werden und die entsprechenden Vorbereitungen in die Wege zu leiten einen Krisenplan für Kindertagesstätten und Schulen zu entwickeln und in der Folge auf Grundlage eines umfassenden Bildungsverständnisses und der bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse ihre Krisenfestigkeit zu verbessern.

B Beratung

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat am 29. November 2022 eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt. Der mitberatende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat sich an der Anhörung beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	**18/127 (Neudruck)**
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Marie-Florence Geerlings Rektorin der Geschwister-Scholl-Grundschule Neuss	**18/124**
Anke Staar 1. Vorsitzende Landeselternkonferenz LEK NRW Dortmund	**18/41**

Urheber/in	Stellungnahme
Helmut Seifen OStD i.R. Gronau	**18/123**
Professor Dr. Dr. Georg Hörmann Arzt für Psychotherapie Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. Köln	**18/51**
Max Holzer Vorsitzender Landesjugendring NRW Düsseldorf	**18/122**
Professor Dr. Harald Karutz Diplom-Pädagoge Mülheim an der Ruhr	**18/24**
Kathrin Stolzenburg Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) Bad Neuenahr-Ahrweiler	**18/125 (Neudruck)**

Als Sachverständige haben außerdem Heike Tenberg, Der Paritätische NRW, aus Bochum sowie Professorin Dr. Sabine Walper, Deutsches Jugendinstitut, aus München teilgenommen.

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 29. November 2022 liegt als Ausschussprotokoll APr 18/90 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 8. Februar 2023, die abschließende Beratung und Abstimmung am selben Tage.

Die Fraktion der SPD betonte, dass die Fraktion zu diesem Antrag im Vorfeld allen anderen Fraktionen ein zusätzliches Gesprächsangebot zur Zusammenarbeit gemacht habe, da man weiterhin der Ansicht sei, dass Kinder und Jugendliche nie wieder so psychisch und physisch leiden sollen wie während der Pandemie. Man betont erneut die Sicherstellung von Schulen als kritische Infrastruktur und bemängelt an dieser Stelle die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Die Fraktion der AfD kritisierte, dass man weiterhin auf den Präsenzunterricht setze. Die Forderungen des Antrags seien heutzutage allerdings veraltet. Schulen als kritische Infrastruktur zu behandeln befürwortet die Fraktion daher nicht, auch wegen der unkalkulierbaren Kosten für die Kommunen.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass man aus den vergangenen drei Jahren während der Pandemie viel gelernt habe. Schulschließungen müssten auf jeden Fall verhindert werden und Schulen sollten auf keinen Fall allein gelassen werden. Schulen als kritische Infrastrukturen zu deklarieren lehnt die Fraktion hingegen mit Verweis auf die Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenvertreter und weiterer Sachverständigen in der Anhörung ab.

Die Fraktion der FDP entgegnete, dass Schulen auf jeden Fall offen gehalten werden müssten. Der Antrag sei jedoch zu sehr auf Corona bezogen. Die Verengung auf Corona bzgl. der kritischen Infrastruktur stoße daher nicht auf Zustimmung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, dass man über den Antrag im Gespräch mit der Fraktion der SPD gewesen sei. Man werde den Antrag ablehnen, da die Anhörung ergeben habe, dass die Erklärung zur „kritischen Infrastruktur“ nicht das richtige Instrument sei.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/156 verwiesen.

Der mitberatende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2023 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Über den Antrag, Drucksache 18/60, wurde im federführenden Ausschuss für Schule und Bildung am 8. Februar 2023 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Florian Braun
Vorsitz